



Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Kreistag Ludwigsburg

Steinheim, 16.2. 2015

Herrn Dr. Rainer Haas
Hindenburgstraße 40
71638 Ludwigsburg

Sehr geehrter Herr Haas,

hiermit stellt die Kreistagsfraktion B'90/Die Grünen zur Behandlung im
Sozialausschuss folgenden

Antrag

Möglichkeiten zur Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV im Landkreis
Ludwigsburg

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass von der Verwaltung die
Möglichkeiten der Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV im Landkreis
Ludwigsburg geprüft werden und im Sozialausschuss dargestellt werden.
Hierbei soll insbesondere folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Ermittlung des **bezugsberechtigten Personenkreises**
(* Personen, die Arbeitslosengeld II beziehen, * Bezieher von Sozialhilfe und
Grundsicherung)
- In welcher Größenordnung bewegt sich der so definierte bezugsberechtigte
Personenkreis?
- Ist es möglich, dass der Landkreis unter Einbeziehung der Städte und
Gemeinden des Landkreises, die bereits eine „Bonuskarte o.ä.“ (z.B.
Ludwigsburg-Card, Kornwestheim-Card) für den genannten Personenkreis
herausgeben,

- den berechtigten Personenkreis ermittelt und
 - diesen Personenkreis über die Städte und Gemeinden sowie über eine Anlaufstelle im LRA mit einer für den ÖPNV kreisweit geltende Berechtigungskarte ausstattet?
- Wie könnte mit dem regionalen und überregionalen Aufgabenträger des ÖPNV im Landkreis der Verkauf von preisreduzierten Kurzstreckenticket, Einzelticket, 9-Uhr-UmweltmonatsTickets und MonatsTicket Senioren geregelt werden?
 - Könnte bei verschiedenen Ticketarten dazu in Teilen ersatzweise die Nutzung bestehender Tarife und Techniken („Kindertaste“, Monatstickets für Schüler u.ä.) verwendet werden?
 - Wie könnte sonst ein Konzept für die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV im Landkreis aussehen?
 - Welche Kosten würden auf den Kreis zukommen,
 - * wenn eine 30% - bzw. 50 % - **Kostenübernahme** zu Grunde gelegt wird und
 - * wenn von einer 30 %-igen oder 50 %-igen **Inanspruchnahme** durch die Bezugsberechtigten ausgegangen werden würde?
 - Gibt es belegbare Zahlen über die Inanspruchnahme von verbilligten Fahrausweisen über eine Sozialkarte o.ä. aus Städten (z.B. Essen, Dortmund, Düsseldorf) oder von übergreifenden Verkehrsverbänden?

Begründung:

Mobilität ist eine wichtige Voraussetzung zur Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben im Landkreis.

Je nach Wohnort kostet die einfache Fahrt innerhalb des Landkreises € 3.90 (3 Zonen) und mehr. Die hohen ÖPNV-Kosten führen zwangsläufig dazu, dass einkommensschwache Haushalte den ÖPNV aus Kostengründen nur wenig nutzen können. Daraus können in einem z.T. ländlich strukturierten Landkreis erhebliche Nachteile entstehen, was zu einer Benachteiligung gegenüber Verdichtungsräumen führt.

Die Stadt Stuttgart führt ab dem Jahr 2015 ein Sozialticket ein.

Es darf nicht sein, dass der betroffene Personenkreis im Landkreis benachteiligt ist und schlechter gestellt wird, nur weil in einem Landkreis die Verteilung eines bezuschussten Fahrausweises schwieriger ist als in einer Stadt wie Stuttgart, oder in Großstädten wie Heilbronn, Heidelberg, Mannheim und eben in Stuttgart.

Für die Fraktion B'90/Die Grünen

R. Breimaier

C. Langbein

A. Roll

K. Voigt